

Rosa Luxemburg: Friedensutopien (Vereinfachte Sprache)

Leipzig, 6. Mai [1911]

Agitation und Aufklärung: Unsere Aufgabe bei den Reichstagswahlen

Unsere Partei hat überall frisch und engagiert mit der Agitation für die Reichstagswahlen begonnen. Der beste Auftakt war die großartige Maifeier, die sich trotz aller Warnungen und Versuche, sie zu behindern, zu einem gewaltigen Massenstreik entwickelt hat. Das zeigt, wie viel Kampfbereitschaft und Idealismus in den Arbeitermassen stecken.

Umso wichtiger ist es, dass die diesjährige Wahlagitation nicht nur darum geht, möglichst viele Stimmen und Sitze zu holen. In erster Linie muss sie eine Zeit intensiver Aufklärung über die Grundsätze und die ganze Weltanschauung der Sozialdemokratie sein. Ein zentrales Thema wird wieder der Militarismus sein. Deshalb ist die Klärung unseres Standpunkts dazu, die durch die letzte Reichstagsdebatte angestoßen wurde, von großer und bleibender Bedeutung.

Wenn es nur darum gegangen wäre, ob unsere Fraktion richtig gehandelt hat, einen Antrag zur Rüstungsbegrenzung zu stellen, hätte der Streit kaum ernstes Interesse verdient. Da wir das Parlament als wichtiges Agitationsmittel nutzen müssen, ist es unsere Pflicht, jede Gelegenheit zu ergreifen, um unsere Position den herrschenden Klassen entgegenzustellen. Dass unsere Fraktion dabei eine große Debatte über den Militarismus angestoßen und die Vertreter der herrschenden Klasse zum Reden gezwungen hat, ist verdienstvoll. Der genaue Wortlaut des Antrags ist dabei nebensächlich. Entscheidend ist die Begründung und die Rede, in der unsere Haltung zum Ausdruck kommt. Der Antrag selbst ist oft nur der Anlass für unsere Agitation im Reichstag.

Die eigentliche Frage für die Partei ist daher: Haben wir in dieser Debatte unseren grundsätzlichen Standpunkt klar vertreten? Haben wir dazu beigetragen, in der Bevölkerung das Verständnis für die sozialdemokratische Sicht auf den Militarismus und die kapitalistische Gesellschaft zu verbreiten? Das ist die entscheidende Werbearbeit für den Sozialismus.

Die Antwort hängt davon ab, was wir für den wichtigsten Teil unserer Haltung zum Militarismus halten. Wenn unser Ziel nur wäre, ständig zu betonen, dass wir für den Frieden sind und die Regierung die Schuld am Wettrüsten trägt, dann könnten wir mit der letzten Debatte zufrieden sein. Aber das wäre zu wenig.

Unsere Aufgabe ist nicht nur, unsere Friedensliebe zu zeigen. Es geht vor allem darum, die Menschen über das Wesen des Militarismus aufzuklären und den entscheidenden Unterschied zwischen uns und bürgerlichen Friedensfreunden deutlich zu machen. Worin besteht dieser Unterschied? Nicht nur darin, dass wir uns nicht auf schöne Worte verlassen. Unser Ausgangspunkt ist ein ganz anderer: Bürgerliche Friedensfreunde glauben, dass Frieden und Abrüstung in der heutigen Gesellschaft möglich sind. Wir aber, mit unserer materialistischen Geschichtsauffassung, wissen: Militarismus kann nur mit dem kapitalistischen Klassenstaat zusammen überwunden werden.

Daraus ergibt sich eine andere Taktik. Bürgerliche Friedensfreunde entwickeln »praktische« Projekte zur schrittweisen Eindämmung des Militarismus. Sie nehmen jede freundliche Geste der Regierung beim Wort. Wir dagegen entlarven solche Versuche als Halbheiten und diplomatisches Schattenspiel. Wir stellen dem bürgerlichen Schein die rücksichtslose Analyse der kapitalistischen Realität gegenüber. So haben wir es zum Beispiel mit der Haager Konferenz gemacht, die wir als Possenspiel entlarvt haben, während andere sie als Friedenswerk priesen.

Unsere Aufgabe bei solchen Abrüstungsangeboten, wie jetzt von der englischen Regierung, muss sein, die Idee einer teilweisen Rüstungsbegrenzung als aussichtslose Halbheit zu entlarven. Wir müssen klarmachen, dass Militarismus mit Kolonial-, Zoll- und Weltpolitik untrennbar verbunden ist. Wer ernsthaft abrüsten will, müsste auch handelspolitisch abrüsten, Kolonialraub aufgeben und die Weltpolitik der Interessensphären beenden – kurz, das Gegenteil von dem tun, was ein kapitalistischer Klassenstaat ausmacht.

Das ist der Kern unserer Auffassung: Militarismus – als Krieg und als bewaffneter Frieden – ist ein Kind des Kapitalismus. Nur mit ihm kann er verschwinden. Wer also echten Frieden und Entlastung von den Rüstungslasten will, muss den Sozialismus wollen. Nur so können wir aus einer Abrüstungsdebatte echte sozialdemokratische Aufklärungsarbeit machen.

Diese Arbeit wird erschwert, wenn wir uns in Widersprüche verwickeln. Wenn wir dem bürgerlichen Staat weismachen wollen, er könne doch eigentlich von seinem eigenen Standpunkt aus die Rüstungen einschränken. Zwar hat unsere Fraktion in der Debatte nicht behauptet, dass der Militarismus ganz abgeschafft werden könne. Aber die gleichzeitige Befürwortung einer teilweisen Abrüstung führt zu einem seltsamen Kompromiss. Das ist dann die Mitte zwischen bürgerlichen Friedensaposteln und Sozialdemokratie: Man leugnet die völlige Überwindung des Militarismus in der heutigen Gesellschaft, hält eine teilweise aber für möglich, sieht eine Friedensära heraufziehen und hält doch an der Revolution fest.

Bisher war es unser Stolz, dass wir unsere politischen Forderungen nicht aus freien Stücken als »wünschenswert« erfanden, sondern aus den objektiven Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung ableiteten. Nicht die momentanen Kräfteverhältnisse im Staat, sondern die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen waren unser Maßstab. Wir fordern den Achtsturentag, obwohl er in den Parlamenten aussichtslos ist, weil er auf der Linie der fortschrittlichen Entwicklung der Produktivkräfte liegt. Wirtschaftlich wäre der Kapitalismus durch den Achtsturentag nicht gehemmt, sondern würde seine höchste Stufe erreichen.

Die Einschränkung der Rüstungen dagegen liegt nicht auf dieser Linie. Sie würde nur aus einer Stagnation des Kapitalismus entstehen. Wer einen Stillstand in der Weltpolitik erhofft – dem höchsten Stadium kapitalistischer Entwicklung –, kann einen Stillstand des Militarismus erwarten. Weltpolitik und ihr dienender Militarismus sind die kapitalistische Methode, internationale Gegensätze auszutragen. Mit der Entwicklung des Kapitalismus wachsen diese Gegensätze ins Unermessliche, bis sie die soziale Revolution erzwingen. An eine Milderung dieser Konflikte kann nur glauben, wer auch an die Milderung der Klassengegensätze glaubt. Denn beides gehört zusammen.

Schauen wir auf die letzten 15 Jahre: 1895 Krieg Japan–China, 1898 Spanien–USA, 1899–1902 Burenkrieg, 1900 Chinafeldzug, 1904 Russisch-Japanischer Krieg, 1904–1907 Hererokrieg, dazu 1908 Russland in Persien, jetzt Frankreich in Marokko. Fast kein Jahr ohne Krieg. Und die Folgen: Jeder Krieg führte zu weiterer Aufrüstung. Japan baute seine Armee um, England, die USA, Deutschland – alle verstärkten ihre Flotten und Heere. Dazu kommt das politische Erwachen in Kolonien und Einflusssphären: Revolutionen in der Türkei,

Persien, Gärung in China, Indien, Ägypten, Marokko, Mexiko. Das sind neue Ausgangspunkte für Gegensätze und Rüstungen. Die Reibungsflächen haben sich enorm vergrößert, alle Mächte haben aufgerüstet.

Angesichts dieser Tatsachen kann man nicht von Friedentendenzen sprechen. Was wäre dafür der Beleg? Die Reden von Sir Edward Grey? Die »Rüstungsmüdigkeit« der Bourgeoisie? Die Mittel- und Kleinbürger stöhnen schon immer über die Lasten des Militarismus, genau wie sie über Krisen, Kartelle und Trusts stöhnen. In Amerika gab es sogar einen Aufruhr gegen die Trusts. Sehen wir darin eine beginnende Einschränkung der Trustentwicklung? Oder haben wir dafür nur ein mitleidiges Achselzucken übrig? Die angebliche »Friedentendenz« im Kapitalismus läuft auf die alte Weisheit hinaus, dass auch für die Bourgeoisie am Profit nicht nur Rosen ohne Dornen wachsen. Sie trägt sie lieber weiter, als sie auf unseren Rat loszuwerden.

Den Massen das klarzumachen, Illusionen über bürgerliche Friedensmache zu zerstören und die proletarische Revolution als den einzigen Weg zum Frieden zu erklären – das ist unsere Aufgabe bei jeder Abrüstungsposse, ob in Petersburg, London oder Berlin.

Klarheit gegenüber uns selbst und anderen war immer die beste Politik für die Partei des revolutionären Proletariats. Das gilt doppelt in der beginnenden Wahlagitation, wenn wir nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe an Einfluss gewinnen wollen.

Nachtrag: Die Utopie der "Vereinigten Staaten von Europa"

Dass der Glaube an eine Friedensära in der heutigen Gesellschaft utopisch ist, zeigt sich daran, dass er zur Projektenmacherei greift. Dazu gehört die Idee der »Vereinigten Staaten von Europa«, die als Basis zur Rüstungsbegrenzung vorgeschlagen wird.

Dazu wurde gesagt: Wir unterstützen Bestrebungen, die Vorwände für die Rüstung zu beseitigen. Wir fordern den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss Europas. Auch wenn es im Sozialismus so sein wird, könnte es schon früher dazu kommen. Und: Ein solcher Bund wäre so übermächtig, dass er andere Nationen zur Abrüstung zwingen könnte. Das wäre ungeheuer und könnte den ewigen Frieden begründen.

Dazu muss man sagen: Diese Idee ist in der Partei völlig neu. Sie steht weder im Programm, noch wurde sie auf Parteitage diskutiert. Es ist misslich, wenn solche ad-hoc-Einfälle von der Parlamentsbühne offiziell im Namen der Partei vertreten werden.

So einleuchtend die Idee auf den ersten Blick scheinen mag, sie hat mit unserer Denkweise nichts zu tun.

Wir als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung wissen: Staaten sind nicht künstliche Produkte, sondern Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung. Welche wirtschaftliche Grundlage soll ein europäischer Bund haben? Europa ist geographisch und kulturhistorisch ein Begriff, aber wirtschaftlich kein Ganzes. Die europäischen Staaten stehen in heftigstem Wettbewerb und sind gleichzeitig wirtschaftlich völlig abhängig von außereuropäischen Ländern. Bei der heutigen Weltwirtschaft ist die Vorstellung Europas als gesondertem Wirtschaftsraum ein Hirngespinnst.

Politisch ist sie noch überholter. Die Idee ist im Grunde nur eine demokratisch verkleidete Version des alten »Konzerts der europäischen Mächte«. Aber der Schwerpunkt der Weltpolitik liegt längst nicht mehr in Europa. Europa ist nur ein Glied in einer Kette weltweiter Gegensätze. Die europäischen Konflikte selbst spielen sich heute auf allen Weltmeeren und Kontinenten ab. Wer von 40 Jahren Frieden in Europa redet, übersieht, dass es deshalb keinen Krieg in Europa gab, weil die Gegensätze über den Kontinent hinausgewachsen sind und jetzt weltweit ausgetragen werden.

Die »Vereinigten Staaten von Europa« widersprechen also der Entwicklung. Und sie taugen nicht als progressive Losung. Die Idee wurde bisher nicht von Sozialisten, sondern von bürgerlicher Seite aufgegriffen – und zwar mit reaktionärer Tendenz. Mal als Zollgemeinschaft gegen Amerika, mal mit der Spitze gegen die »gelbe Gefahr« oder »minderwertige Rassen«. Es war immer eine imperialistische Missgeburt. Wenn wir diesen alten Schlauch jetzt mit neuem Wein füllen wollen, wäre die Konsequenz nicht auf unserer Seite. Die Losung des europäischen Zusammenschlusses kann innerhalb des Kapitalismus objektiv nur einen Zollkrieg mit Amerika und einen kolonialen Rassenkampf bedeuten. Der Chinafeldzug der vereinigten europäischen Mächte – das ist der wirkliche Ausdruck der »europäischen Staatenföderation« in der heutigen Gesellschaft.

Aber noch etwas: Die Idee will eine Föderation mit gemeinsamem Parlament, Regierung und Heer – also eine bürgerliche Schöpfung. Und die Staatsmänner sollen sie im Interesse des Kapitalismus vorbereiten. Zugleich sagt man aber, der einzige Weg dorthin sei eine Revolution. Das soll das revolutionäre Proletariat machen. Also soll die Verwirklichung dieser »praktischen« Idee erst nach der sozialen Revolution möglich sein! Diese Vorstellung schwankt unsicher zwischen kapitalistischer und sozialistischer Welt und offenbart so ihren utopischen Charakter.

Als Agitationslosung taugt sie nichts. Nicht die europäische, sondern die internationale Solidarität aller Weltteile, Rassen und Völker ist der Grundpfeiler des Marxschen Sozialismus. Jede Teilsolidarität ist nicht eine Stufe zur Internationale, sondern ihr Gegenteil. So wie wir Pangermanismus, Panlawismus, Panamerikanismus bekämpfen, haben wir mit Paneuropa nichts zu schaffen.

Unsere Agitatoren sollten also in der Wahlkampagne von dieser plötzlich aufgeworfenen Losung keinen Gebrauch machen. Sie trübt nur unsere klaren Richtlinien in der internationalen Politik und unserer revolutionären Friedenspropaganda. Wir brauchen solche neuen Einfälle nicht. Unsere bisherige Auffassung hat uns gute Dienste geleistet. Wir haben keinen Grund, sie durch gewagte neue Erläuterungen zu verwässern.

»Das Wort sie sollen lassen stahn.«